

**N I E D E R S C H R I F T****11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018-2023)**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.11.2019	
Sitzungsbeginn:	16:02 Uhr	
Sitzungsende:	17:40 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Jörn Puhle - SPD		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Kristin Blankenburg - SPD		
Anka Grädner - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Herrn Nico Berner
Dagmar Hildebrand - CDU		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Vera-Simone Kuzla - AG freier Wohlfahrtsverbände		Vertretung für: Grams, Thomas
Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring		
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Angela Fiorenza - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Frau Simone Stojan
Britta Ingwersen - Lübecker Jugendring		
Stefan Krause - CDU		
Sandra Odendahl - SPD		
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring Die Johanniter		
Claudia Petereit - Die Unabhängigen		
Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände		
<b>Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht</b>		
Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4		
Lutz Regenber - Mitglied der Fachgruppe HZE		
Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		
Petra Scharrenberg - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt		Vertretung für: Frau Renate Jung-hans
Juleka Schulte - Ostermann - Stadtalternvertretung		
Christian Weise - Kreisalternvertretung		
<b>Verwaltung</b>		
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung		

Petra Albrecht - Jugendhilfeplanung	
Renate Heidig - Jugendhilfeplanung	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit	
Petra Schmittner - 1.160 Frauenbüro	
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	
Aiko Wagner - FBC FB 4	
<b>Protokollführung</b>	
Sabine Schulz - 4.513 - Jugendarbeit	
<b>Gäste</b>	
Prof. Dr. Hans Arnold -	Förderverein für Lübecker Kinder
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Nico B. - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Thomas Grams - AG freier Wohlfahrtsverbände	- entschuldigt -
Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Horst Wargenau - CDU	- nicht anwesend -
<b>Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht</b>	
Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	- entschuldigt -
Juanna Khalo - Vertretung der Jugend	- nicht anwesend -

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.08.2019	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2019	
3	Anliegen der Jugend	
4	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Verwaltung	
4.1.1	Bericht über den Fachtag Aufwachsen in Lübeck	
4.1.2	Eröffnung und Tag der offenen Tür der Jugendberufsagentur	
4.1.3	Aktueller Stand der Kita-Reform	
4.1.4	Mitteilung zu einer überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Produkt Jugendhilfe	
4.2	Antwort auf die Nachfrage von Frau Schulte-Ostermann im Rahmen des Jugendhilfeausschusses am 02.05.2019 bezüglich des Berichts zum Antrag der Fraktion: DIE LINKE: Austauschvorlage zu Inklusion sicherstellen VO/2019/06992	<b>2019/07052-01-01</b>
5	Berichte	
5.1	mündlicher Bericht zu mangelnden Schul-Grundkompetenzen bei Erstklässler:innen	
6	Beschlussvorlagen	
6.1	Annahme einer Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 4.526,45 EUR für die Anschaffung von körpergerechten Ausstattungsgegenständen in der Kindertageseinrichtung Schaluppenweg	<b>VO/2019/08193</b>
6.2	Annahme einer Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 12.269,38 EUR für die Anschaffung einer Sandspielanlage auf dem Außengelände der Kindertageseinrichtung Am Behnckenhof	<b>VO/2019/08194</b>

7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07824: Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018	<b>VO/2019/07824-02</b>
7.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Haushaltsbegleitbeschluss zur VO/2019/08082 Haushaltsplan 2020 - Gemeinwesenarbeit im Hochschulstadtteil beginnen	<b>VO/2019/08082-05</b>
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
9	Verschiedenes	

## Öffentlicher Teil:

### **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Der Vorsitzende Herr Puhle begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Herr Puhle weist darauf hin, dass das stellvertretende bürgerliche Ausschussmitglied Frau Angela Fiorenza verpflichtet werden muss und bittet die Anwesenden, sich zu erheben. Der Vorsitzende verpflichtet Frau Fiorenza durch Handschlag und mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Herr Puhle bedankt sich bei Herrn Weise, der nach siebenjähriger Mitwirkung nach der heutigen Sitzung seine Tätigkeit im Jugendhilfeausschuss beenden wird. Auch Frau Schulte-Ostermann bedankt sich bei Herrn Weise für sein Engagement. Herr Weise spricht seinen Dank für die an ihn gerichteten Worte aus.

Herr Puhle weist darauf hin, dass zu TOP 7.2 eine Tischvorlage mit Auszug aus der Niederschrift der Bürgerschaftssitzung vom 26.09.2019 umverteilt wurde. Der Antrag wurde von der Bürgerschaft in geänderter Fassung in den Jugendhilfeausschuss überwiesen, die Tagesordnung enthält jedoch nur die Vorlage VO/2019/08082-5 ohne Hinweis auf die geänderte Fassung.

Herr Puhle schlägt vor, den TOP 7.1 bis zur letzten Sitzung vor der Sommerpause 2020 zu vertagen. Auf Nachfrage von Frau Grädner sichert Herr Puhle zu, dass der Antrag in den Prozess Aufwachsen in Lübeck eingespeist wird und in Kombination mit den Ergebnissen von Aufwachsen in Lübeck eventuell in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Schul- und Sportausschuss vor der Sommerpause 2020 wieder auf die Tagesordnung des JHA genommen wird. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Puhle fragt, ob es Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Dies ist nicht der Fall. Herr Puhle schlägt vor, den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift der JHA-Sitzung vom 22.08.2019 gemeinsam mit dem öffentlichen Teil der Niederschrift der JHA-Sitzung vom 22.08.2019 unter TOP 2.1 zu behandeln. Der Ausschuss stimmt einstimmig zu. Somit entfällt der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

**Der Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	---
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kenntnisnahme	---
	Vertagung	---
	Ohne Votum	---

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

## **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.08.2019**

Es liegt ein schriftlicher Änderungsantrag zur Niederschrift vor. Hierbei handelt es sich um eine redaktionelle Änderung zu TOP 7.1 von Frau Schulte-Ostermann, die bereits in die Niederschrift eingearbeitet wurde.

Herr Puhle teilt mit, dass ihm mitgeteilt wurde, dass die Absichtserklärung der HL zu TOP 4.1.2.4 fehle und sichert zu, dass - sollte die Absichtserklärung fehlen - diese der Niederschrift zur heutigen Sitzung beigelegt wird.

*Anmerkung außerhalb der Niederschrift: Die Anlage ist in der Niederschrift vom 22.08.2019 enthalten. Die Absichtserklärung befindet sich als Anlage direkt im Tagesordnungspunkt 4.1.2. der Niederschrift der Sitzung vom 22.08.2019.*

Herr Puhle fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

## **zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2019**

Herr Puhle fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

## **zu 3 Anliegen der Jugend**

Es liegt nichts vor.

## **zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

### **zu 4.1 Mitteilungen der Verwaltung**

#### **zu 4.1.1 Bericht über den Fachtag Aufwachsen in Lübeck**

Frau Weiher berichtet vom Fachtag Aufwachsen in Lübeck, der am 05.11.2019 stattgefunden hat. Eine Beteiligung von über 100 Personen hätte viele Diskussionen mit guten Ergebnissen ergeben. Es werde eine verwaltungsinterne Nachbesprechung erfolgen, an deren Anschluss noch ausführlicher im Jugendhilfeausschuss berichtet werden wird.

#### **zu 4.1.2 Eröffnung und Tag der offenen Tür der Jugendberufsagentur**

Frau Weiher berichtet von der Eröffnung der Jugendberufsagentur in der Hans-Böckler-Straße 1 am 27.11.2019 und lädt alle zum Tag der offenen Tür ab 13:30 Uhr ein. Über die Jugendberufsagentur werde eventuell im nächsten Jahr in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Schul- und Sportausschuss berichtet.

#### **zu 4.1.3 Aktueller Stand der Kita-Reform**

Herr Jürgensen berichtet vom aktuellen Stand der Kita-Reform und die drei Ziele, die verfolgt werden, 1. Finanzielle Entlastung der Eltern, 2. Verbesserung der Qualität, 3. Finanzielle Entlastung der Kommunen. Zu Punkt 1 und 2 sei ein guter Gesetzentwurf gelungen, der erstmalig auch Transparenz und landeseinheitliche Standards vorsähe. Der Sozialausschuss des Landes hätte eventuell noch Änderungen einzubringen, der Landtag werde voraussichtlich im Dezember beschließen, wonach dann Genaueres berichtet werden wird.

#### **zu 4.1.4 Mitteilung zu einer überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Produkt Jugendhilfe**

Frau Scharrenberg informiert darüber, dass der Bereich Familienhilfen/Jugendamt die überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln für das Produkt Jugendhilfe ins Verfahren gegeben hat.

Aufgrund der noch erforderlichen internen Abstimmung und der Notwendigkeit, die Bürgerschaft Ende November 2019 erreichen zu müssen, ist eine formelle Beteiligung des Jugendhilfeausschusses zeitlich nicht möglich.

Insgesamt werden im Produkt Jugendhilfe zusätzliche Mittel in Höhe von 2,0 Mio. Euro benötigt.

Die zusätzlichen Mittel sind einerseits erforderlich, weil der angenommene Rückgang der zu betreuenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nicht so stark erfolgt ist, wie geplant. Das führt dazu, dass für diesen Personenkreis 1,0 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Diese Kosten werden vom Land erstattet.

Auch bei den Hilfen zur Erziehung liegt ein finanzieller Mehrbedarf in Höhe von 1,0 Mio. Euro vor. Hintergrund hierfür ist der unerwartete, teilweise hohe Unterstützungsbedarf bei Flüchtlingsfamilien. Neben ambulanten Hilfen aus Gründen des Kinderschutzes kommt es vermehrt zu Unterbringungen in stationärer Hilfe.

Ferner bestehen zunehmende Bedarfe bei psychisch kranken Eltern, weitestgehend im ambulanten Bereich. Inzwischen hat hier ein Träger die Sozialpädagogische Familienhilfe fachlich auf diese Zielgruppe ausgerichtet. Eine für die Leistungsempfänger:innen gute Entwicklung.

Darüber hinaus entwickeln sich leider auch die Fallzahlen im stationären Bereich wieder nach oben. Neben den vorgenannten Gründen, die sich ebenfalls auf den stationären Bereich auswirken, führt auch mangelnder Wohnraum zu zeitlichen Verzögerungen hinsichtlich der Verselbständigung von jungen Menschen bzw. Beendigung von Mutter/Kind-Maßnahmen. Zusätzlich führen auch die Schwierigkeiten bei der Vermittlung von Kindern unter 10 Jahren, wegen fehlender adäquater Pflegefamilien, zu einer stationären Unterbringung, die sich auch auf der Kostenseite bemerkbar machen.

#### **zu 4.2 Antwort auf die Nachfrage von Frau Schulte-Ostermann im Rahmen des Jugendhilfeausschusses am 02.05.2019 bezüglich des Berichts zum Antrag der Fraktion: DIE LINKE: Austauschvorlage zu Inklusion sicherstellen VO/2019/06992**

Frau Steinkamp erläutert das Antwortschreiben des Bereichs Recht.

Frau Schulte-Ostermann erläutert, dass sie das Antwortschreiben mit der Landesstelle für Menschen mit Behinderungen besprochen hätte und einige Passagen für schwierig halte. Zudem würden die Begriffe inklusiv und integrativ gemischt. Eine Rechtssicherheit sei nach wie vor nicht gegeben. Frau Schulte-Ostermann spricht sich deshalb dafür aus, § 16 der Entgeltordnung der HL zu konkretisieren oder diesen anderenfalls zu streichen; es sei die neue Regelung im SGB IX einzuhalten, die zum 01.01.2020 in Kraft trete.

Herr Jürgensen erläutert, dass im Zuge der Kita-Reform eine Anpassung der Entgeltordnung der HL erforderlich sei. Dabei werde auch eine Regelung für Kinder mit Behinderung erfolgen, der Jugendhilfeausschuss sei also diesbezüglich weiterhin damit befasst.

Frau Benecke-Benbouabdellah (Stadtelternvertretung) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Frau Benecke-Benbouabdellah widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Frau Benecke-Benbouabdellah führt aus, dass sie selbst betroffen sei und dass es für sie schwer erträglich sei, dass in der Entgeltordnung der HL gegen geltendes Recht verstoßen würde (u. a. SGB VIII § 22a) und bittet daher um Neuformulierung oder ersatzlose Streichung des § 16 der Entgeltordnung der HL.

Frau Weiher erläutert, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden würden, um eine Kündigung zu vermeiden. Wenn jedoch ein Kind sich selbst und andere Kinder gefährden würde, bliebe zum Wohle aller keine andere Wahl. Frau Weiher sei gerne bereit, dieses im Detail und gemeinsam mit den freien Trägern zu diskutieren. Einen generellen Ausstieg aus dem Kündigungsrecht halte sie jedoch für nicht machbar.

Frau Steinkamp berichtet, dass es in den letzten vier Jahren fünf Kündigungen gegeben habe. Es sei jedoch nicht aufgrund einer Behinderung gekündigt worden. Bei Problemen sei zunächst intensiv beraten und an Lösungen gearbeitet worden. Das Ziel bleibe, dass Kinder dort betreut werden, wo auch ihre Freunde betreut werden. Wenn aber nicht ausreichend Fachkräfte (auch heilpädagogische Fachkräfte) vorhanden seien, sei das nicht immer möglich.

Herr Puhle erläutert, dass das neue Kita-Gesetz abzuwarten sei, um dann die Thematik nochmals im Jugendhilfeausschuss zu behandeln.

**Beantwortung der Anfrage:**

Antwort auf die Nachfrage von Frau Schulte-Ostermann im Rahmen des Jugendhilfeausschusses am 02.05.2019 bezüglich des Berichts „Inklusion in Kitas sicherstellen“

**Die Beantwortung wird vom Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis genommen.**

	einstimmige Annahme	---
	einstimmige Ablehnung	---
	Ja-Stimmen	---
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	---
	Ohne Votum	X

**zu 5      Berichte**

**zu 5.1      mündlicher Bericht zu mangelnden Schul-Grundkompetenzen bei Erstklässler:innen**

Herr Puhle begrüßt Herrn Prof. Dr. Arnold, der das Thema mangelnde Grundkompetenzen bei Dreijährigen und Erstklässlern anhand einer PowerPoint-Präsentation erläutert. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Puhle bedankt sich bei Herrn Prof. Dr. Arnold und erklärt, dass dieses Thema auch in den Prozess Aufwachsen in Lübeck einbezogen werden sollte.

Frau Weiher bedankt sich ebenfalls bei Herrn Prof. Dr. Arnold für den aufschlussreichen Bericht und fügt an, dass es mehr und kontinuierliche Beratung für schwangere junge Mädchen geben sollte und sie sich ein diesbezügliches Projekt vorstellen könne.

Herr Prof. Dr. Arnold stimmt Frau Weiher zu und merkt dazu an, dass es mehr Familienhebammen u. ä. Personen geben müsse.

Frau Heidig führt aus, dass es bereits Gespräche mit Herrn Prof. Dr. Arnold und anderen Beteiligten gäbe und eine Möglichkeit für die HL erörtert werde.

Herr Puhle ergänzt hierzu, dass auch die Krankenkassen einbezogen werden sollten.

***Der Bericht wird vom Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis genommen.***

**zu 6      Beschlussvorlagen**

**zu 6.1      Annahme einer Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 4.526,45 EUR für die Anschaffung von körpergerechten Ausstattungsgegenständen in der Kindertageseinrichtung Schaluppenweg  
Vorlage: VO/2019/08193**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Die Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in der Höhe von 4.526,45€ zur Anschaffung von körpergerechten Ausstattungsgegenständen wird angenommen.

***Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	---
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---

	Kennntnisnahme	---
	Vertagung	---
	Ohne Votum	---

**zu 6.2 Annahme einer Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 12.269,38 EUR für die Anschaffung einer Sandspielanlage auf dem Außengelände der Kindertageseinrichtung Am Behnckenhof  
Vorlage: VO/2019/08194**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Die Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 12.269,38 € zur Anschaffung einer Sandspielanlage wird angenommen.

***Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.***

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	---
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kennntnisnahme	---
	Vertagung	---
	Ohne Votum	---

**zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 7.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07824: Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018  
Vorlage: VO/2019/07824-02**

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

**zu 7.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Haushaltsbegleitbeschluss zur VO/2019/08082 Haushaltsplan 2020 - Gemeinwesenarbeit im Hochschulstadtteil beginnen  
Vorlage: VO/2019/08082-05**

Herr Puhle verweist auf die **Tischvorlage zu diesem TOP**. Der Antrag wurde von der Bürgerschaft in geänderter Fassung in den Jugendhilfeausschuss überwiesen, die geänderte Fassung war dem Jugendhilfeausschuss nicht rechtzeitig bekannt und wurde deshalb als Tischvorlage umverteilt

Frau Grädner führt hierzu aus, dass sie Bedarf im Hochschulstadtteil sehe, da es dort ihrer Meinung nach keinen Ort für nachbarschaftliche Aktivitäten gäbe. Sie verweist auf das ursprüngliche Konzept des Stadtteils, welches ein Zentrum für Bürger beinhaltet hätte, der hierfür vorgesehene Raum sei nie realisiert worden. Frau Grädner berichtet von der Möglichkeit, eventuell den Raum der Kirche (Oase) zu nutzen.

Herr Puhle verweist auf den Bericht der Jugendhilfeplanung/Jugendarbeit 2018 und ergänzt, dass die Bedarfe gemeinsam betrachtet bzw. geplant werden sollten, wobei der Bereich Jugendarbeit einbezogen werden sollte.

Frau Reichel führt aus, dass die bestehenden Nachbarschaftsbüros eine pädagogisch orientierte Gemeinwesenarbeit leisten, sich an objektiven Belastungsstandorten befinden und sich eher an die Bedarfe der Bewohner richten. Das hier diskutierte Angebot sei etwas Anderes. Der Ort für den angedachten Jugendtreff liege dagegen im Bornkamp. Man könne man sich beraten, ob dort in den Abendstunden Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden könnten, Frau Reichel würde aber eher z. B. das Gemeinschaftshaus (in der Kleingartenanlage) vorschlagen.

Frau Petereit weist darauf hin, dass der Bedarf unstrittig sei und fügt an, dass die „Oase“ laut Auskunft der Schulleitung der Schule zugeschlagen worden sei und daher nicht mehr zur Verfügung stehe. Frau Petereit legt dar, dass sie sich eine mobile, multifunktionale Lösung vorstellen könne.

Frau Weiher teilt mit, dass die Einrichtung des Jugendzentrums präsent sei. Zu den Nachbarschaftsbüros führt sie aus, dass diese in den vergangenen Jahren eher geschlossen als erweitert werden sollten und man das gesamte Stadtgebiet betrachten sollte, um den Bedarf hierfür zu ermitteln.

Für den Hochschulstadtteil ziehe sie eher die Möglichkeit in Betracht, dass sich Ehrenamtliche/Vereine engagieren und für die Anmietung von Räumlichkeiten einen Mietzuschuss von der HL beantragen. Eine Lösung dieser Art sähe sie als absolut richtig und gut an.

Herr Kerlin (FDP) meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht. Herr Kerlin macht darauf aufmerksam, dass die Schule bereits Raumnot hätte und laut einem Gespräch mit Frau Rieper auch der Ganztags an Schule noch Raumbedarf hätte.

Frau Hildebrand führt aus, dass der Bedarf an einem Jugendzentrum klar sei, dieses jedoch nicht mit Nachbarschaftsbüro, Quartierszentrum oder Nachbarschaftstreffen vermischt werden solle. Es gäbe diverse Orte im Hochschulstadtteil, wie z. B. auch das AWO-Café, die für Nachbarschaftsaktivitäten genutzt werden oder genutzt werden könnten. Es stelle sich die Frage, ob dieses in der Zuständigkeit der HL liege.

Herr Jürgensen legt dar, dass die HL immer gut beraten war, wenn auf Basis von Bewertungskriterien entschieden worden wäre, wo Mittel eingesetzt werden.

Frau Grädner erinnert an Marketing-Versprechen, die seinerzeit zum Grundstücksverkauf eingesetzt wurden; wie z. B. Errichtung von Schule, Gemeinschaftsraum, Sporthalle und auch Jugendzentrum. Sie stellt die Frage, warum es in anderen Stadtteilen Nachbarschaftsbüros gäbe, im Hochschulstadtteil aber nicht.

Frau Odendahl erläutert daraufhin, dass es schon ein Jugendzentrum gegeben hätte, der Bedarf sich jedoch derzeit als noch nicht gegeben erwiesen hätte und das Juze deshalb wieder geschlossen wurde.

Auf Nachfrage von Frau Grädner, warum die „Oase“ der Schule zugeschlagen wurde, sichern Frau Weiher und Herr Puhle eine Klärung zu.

Herr Puhle schlägt vor, die Verwaltung damit zu beauftragen, die verschiedenen Akteure im Hochschulstadtteil zu befragen, um den Bedarf der Anwohner:innen zu prüfen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

**Beschluss:**

Der Hochschulstadtteil verändert sich.

Heute wohnen mehrere Tausend Menschen im Hochschulstadtteil. Anfangs hauptsächlich junge Familien mit Kindern - 20 Jahre nach Baubeginn hat sich die Alters- und Sozialstruktur verändert.

Es gibt einen dringenden Bedarf nach einem Nachbarschaftszentrum, in welchem Gemeinwesenarbeit und/oder selbstorganisierte soziale und kulturelle Nutzungen stattfinden können.

- ~~1. Der Bürgermeister wird beauftragt, bis Dezember 2019 zu prüfen, welche Räumlichkeiten hierfür von der Stadt zur Verfügung gestellt werden können, bzw. angemietet/umgebaut werden könnten. Insbesondere ist kurzfristig die zur Zeit (fast) leerstehende „OASE“ im Stadtteilzentrum in die vorrangige Betrachtung zu ziehen.~~

~~Für 2020 wird für die Gemeinwesenarbeit im Hochschulstadtteil ein Betrag in Höhe von 30.000 € eingestellt. (Ansatz für Raumkosten/Mieten, Projektarbeit und Personalkosten für Verwaltung).~~

**1) Der Bürgermeister wird aufgefordert ein Umsetzungskonzept aufzustellen. Und für die Planung und Umsetzung werden Mittel in Höhe von 30.000 € mit Sperrvermerk für das Haushaltsjahr 2020 eingestellt.**

**2) Überweisung zur Vorberatung federführend in den Jugendhilfeausschuss und den Sozialausschuss.**

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, die Verwaltung damit zu beauftragen, die verschiedenen Akteure im Hochschulstadtteil zu befragen, um den Bedarf der Anwohner:innen zu prüfen.**

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	---
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	---
	Enthaltungen	---
	Kenntnisnahme	---
	Vertagung	---
	Ohne Votum	---

**zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern**

Es liegt nichts vor.

**zu 9 Verschiedenes**

Herr Bernet berichtet, dass bereits fünf Termine für das kommunalpolitische Praktikum mit dem Rathaus abgestimmt worden seien. Er kritisiert jedoch, dass die Umsetzung des Beschlusses zu lange dauert (bis jetzt  $\frac{3}{4}$  Jahr), da der Vorlauf im Rathaus bzw. in der Verwaltung zu viel Zeit in Anspruch nähme. Formell ist bis jetzt noch nichts an den Lübecker Jugendring herangetragen worden, Herr Bernet hätte dem aber bereits vorgegriffen, um mit der Planung zu beginnen.

Frau Grädner spricht das Raumproblem der Dorothea-Schlözer-Schule an und fragt, ob die freiwerdenden Räume der Handwerkskammer genutzt werden können.

Frau Weiher verweist auf den Schul- und Sportausschuss, berichtet aber trotzdem, dass die Räume laut Gesprächen mit der Schulleitung verkauft werden sollen.

Auf Nachfrage von Frau Petereit, ob der Zeitpunkt der Einladung zur JHA-Sitzung vorverlegt werden kann, teilt Frau Weiher mit, dass die Ladungsfristen für alle Ausschüsse festgelegt sind.

*Anmerkung außerhalb der Niederschrift: Die Ladungsfrist beträgt laut Geschäftsordnung der HL eine Woche.*

Lübeck, den 27. November 2019

Jörn Puhle  
Vorsitz

Sabine Schulz  
Protokollführung